

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 2

Artikel: Franco-Spanien und die USA
Autor: L.R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336450>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der Vielfalt der Anschauungen kristallisieren sich aber erfahrungsgemäß immer wieder gewisse Leitlinien heraus, zu denen sich die Vertreter mehrerer Grundanschauungen bekennen, und so können Weltanschauungen wachsen, die zu andern in einem gewissen Überordnungsverhältnis stehen. Es ist zur Veranschaulichung dieses Gedankens vielleicht ein Vergleich aus unserem staatlichen Leben erlaubt: Wir halten an der Vielgestalt unserer Kantone und unseres kantonalen Lebens fest, anerkennen aber über den Kantonen die Eidgenossenschaft, zu der die Kantone nicht nur zufällig, aus Zweckmäßigkeitsgründen zusammengeschlossen sind, sondern weil ein gemeinsames Leitmotiv sie und ihre Bürger bindet. Sie fühlen sich nicht nur als Zürcher oder als Aargauer, sondern auch als Schweizer untereinander jedem Ausländer gegenüber.

Läßt auch der Sozialismus ein gemeinsames Leitmotiv erkennen, eine Anschauung, die viele Weltanschauungen einschließt und sie innerlich verbindet, ohne ihre wesentlichen Eigenarten zu beeinträchtigen? Steht so der Sozialismus auch in einem gewissen Überordnungsverhältnis zu Weltanschauungen verschiedener Art wie der Bund zu den Kantonen?

Können wir diese Frage mit Ja beantworten, so erweist sich der Sozialismus als echte und weitreichende Weltanschauung.

Franco-Spanien und die USA

Denver (USA), im Januar 1950.

Zwölf Jahre sind vergangen, seit General Franco mit Hilfe deutscher und italienischer Truppen die legale republikanische Regierung Spaniens vertrieb und sich als Diktator etablierte. Zwölf lange Jahre leidet das spanische Volk unter dem Regime des Usurpators. Der Krieg, der mit zwingender Notwendigkeit dem faschistischen Siege in Spanien folgte, endete mit der Niederlage von Francos Verbündeten, Hitler und Mussolini. Doch der spanische Diktator sitzt immer noch fest im Sattel. Befreit wurden die Völker Westeuropas, nicht aber das spanische Volk, das schon vor dem Kriege einen blutigen Tribut für die Verteidigung der Demokratie bezahlt hatte. Nicht daß es unmöglich gewesen wäre, Franco nach Kriegsende zu entthronen. Es ist allgemein bekannt, daß der Caudillo (Führer) sich nicht hätte halten können, wenn die Siegermächte energische wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen den letzten Ueberlebenden der großen faschistischen Koalition

ergriffen hätten. Doch die einzigen Maßnahmen, zu denen sie sich aufrafften, waren der Ausschluß Spaniens aus den Vereinten Nationen und, als symbolische Geste des Protestes, die Abberufung des Gesandten von Madrid. Daß diese schwächlichen Aktionen erfolglos blieben, ist nicht verwunderlich. Weder konnten sie Francos Prestige entscheidend schwächen noch die Basis seiner Macht erschüttern.

Aber alarmierender als dieses Versagen der Demokratien ist die immer stärker werdende Tendenz, General Franco wieder hoffähig zu machen. Wir meinen nicht die Bemühungen von Francos Busenfreund Perón oder der anderen lateinamerikanischen Diktatoren, die den Caudillo als Vorbild bewundern. In den letzten Jahren hat Franco mächtigere und einflußreichere Gönner gefunden. Es sind Repräsentanten der westlichen Demokratien, die heute darauf hinarbeiten, den über Spanien verhängten Boykott der Vereinten Nationen aufzuheben. Eine Tat soll widerrufen werden, die, wenn sie auch nutzlos und ohne Erfolg blieb, so doch zumindest eine Gesinnung, einen Protest gegen ein totalitäres Regime bekundete.

Es ist kein Geheimnis, daß es vor allem die Vereinigten Staaten sind, die Francos Rehabilitierung anstreben. Die weltpolitische Situation hat sich seit Kriegsende stark gewandelt. Die früheren Alliierten USA und Sowjetunion sind erbitterte Gegner geworden. Der kalte Krieg hat zur Polarisierung von zwei Machtblöcken geführt. Ein breiter Graben trennt den Ostblock vom Westblock, und mit fieberhafter Eile wird für die kommende Auseinandersetzung gerüstet. Beide Parteien bemühen sich intensiv, ihre wirtschaftlichen und militärischen Positionen zu verbessern. Verbündete, die die eigenen Chancen verbessern, sind in beiden Lagern willkommen. So wie die Sowjetunion heute die deutschen Nazi zu gewinnen sucht, wollen die Amerikaner das faschistische Spanien auf ihre Seite ziehen. Denn es bedarf keines strategischen Weitblickes, um zu erkennen, daß Spanien — geschützt durch die Pyrenäen und augenscheinlich weniger von kommunistischen fünften Kolonnen bedroht als Frankreich und Italien — in einem künftigen Kriege ideale Stützpunkte für die amerikanische Armee bieten würde.

Zahlreiche hohe amerikanische Offiziere haben in der letzten Zeit Spanien besucht. Sie wurden mit betonter Höflichkeit empfangen. Von «ideologischen Vorurteilen» unbeschwert, ließen sich die Militärs von der Brauchbarkeit Francos als Verbündeten in einer antikommunistischen Front überzeugen. Aber nicht nur die amerikanische Armee ist heute profrankistisch eingestellt. Eine große Anzahl von Politikern hat sich durch Lokalaugenschein über Francos «demokratische Gesinnung» belehren lassen. Der republikanische Senator Gurney und der frühere demokratische Postminister Farley sind seit

ihrer Rückkehr aus Spanien unermüdliche Vorkämpfer einer neuen «positiven» Politik gegenüber Franco. Dem reaktionären demokratischen Senator Mc Carran von Nevada blieb die Entdeckung vorbehalten, daß der Caudillo ein überzeugter Demokrat sei und daß das spanische Volk sich aller demokratischen Freiheiten erfreue. In einem Artikel im «Readers Digest» schlägt Kongreßmann Dewey Short eine «sensible Politik gegen Spanien» vor. Was er unter dieser sensiblen Politik versteht, ist nichts Geringeres, als die Aufnahme Spaniens in die UNO und der Abschluß einer Militär- und Wirtschaftsallianz nach dem Muster des Atlantik-Paktes. Nicht zuletzt aber muß auch die katholische Kirche erwähnt werden. Die katholische Presse Amerikas führt seit langem eine beharrliche Kampagne, um den «christlichen Gentleman Franco», den «Vorkämpfer gegen den Bolschewismus», als natürlichen Verbündeten der Demokratien anzupreisen.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß diesen Bemühungen bisher jeder Erfolg versagt geblieben sei. Gewiß, Spanien ist noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Aber hinter den Kulissen wird eifrig intrigiert, um die Franco-Regierung auf einem Nebengeleise in die UNO einzuschmuggeln. Erst vor wenigen Tagen wurde in der Ernährungs- und Landwirtschaftskommission ein Antrag über die Zulassung Spaniens mit 25 gegen 19 Stimmen, bei 14 Enthaltungen, verworfen. Ähnliche Anträge in anderen Kommissionen erlitten das gleiche Schicksal. Doch die große Anzahl der Pro-Franco-Stimmen und der Enthaltungen beweist, daß die geduldige und beharrliche Wartepolitik des Caudillos Früchte zu tragen beginnt.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Frühling dieses Jahres wurde ein weiterer ernsthafter Versuch gemacht, das Franco-Regime aus seiner Isolierung zu befreien. Der brasilianische Delegierte verlangte die Aufhebung des Bannes gegen Spanien. Ray Atherton, der amerikanische Sprecher, begründete die Stimmenthaltung der USA-Delegation mit Argumenten, die nicht anders als eine verhüllte Zustimmung zu dem Antrag aufgefaßt werden konnten. Er bot damit dem Sowjetdelegierten Andrej Gromyko die Gelegenheit zu einer der wirkungsvollsten Propagandareden, die während der ganzen Session gehalten wurden. Gromykos These, daß alle Organisationen, die Truman wählten — AFoL und CIO-Gewerkschaften, liberale Verbände und die protestantischen Kirchen — sich gegen die Zulassung Spaniens zu den Vereinten Nationen ausgesprochen hatten, blieb unbestritten. Die Frage, welche Amerikaner Mr. Atherton repräsentiere, wurde ebenfalls nicht beantwortet. Es wäre freilich nicht leicht gewesen, zuzugestehen, daß es nicht das amerikanische Volk, sondern Armee, katholische Kirche und Großkapital sind, die Francos Rehabilitierung betreiben.

Vor einigen Monaten gewährte die Chase National Bank der Regierung Franco ein Darlehen von 25 000 000 Dollar. Diese Summe ist nicht groß. Sie reicht kaum aus, um die dringendsten Bedürfnisse Spaniens zu decken. Aber daß dieses Darlehen zustande kam, ist ein bedeutsames Anzeichen für eine veränderte Politik der Vereinigten Staaten. Wohl hatte das Staatsdepartement in einer kurzen Erklärung behauptet, daß es sich um ein privates Abkommen zwischen der Chase National Bank und der spanischen Regierung handle. Doch es besteht kein Zweifel, daß keine amerikanische Bank das Franco-Regime finanziell unterstützen würde, wenn das Außenministerium ernsthaft dagegen opponiert hätte.

Mehr als auf diplomatische Anerkennung ist der spanische Diktator auf materielle Hilfe angewiesen. Zehn Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges ist die Wirtschaft des Landes immer noch in katastrophalem Zustande. Das Transportsystem funktioniert nur unzulänglich. Die Zahl der Arbeitslosen ist erschreckend groß. Die Bevölkerung hungert, während der schwarze Markt gedeiht. In einem Artikel im Londoner «News Chronicle» beschreibt ein Mr. Bates seine Eindrücke über das heutige Spanien: «Überall wurde ich an Afrika, Persien, Ägypten und Indien erinnert. Es war derselbe peinvolle Kontrast zwischen arm und reich, zwischen der Schönheit des Himmels und dem düsteren Elend der Erde.»

Das unterdrückte, terrorisierte spanische Volk wartet immer noch auf seine Befreiung. Die demokratische Welt hat ihre Schuld gegen die spanischen Vorkämpfer der Demokratie noch nicht beglichen. Über dem Kampf gegen den Kommunismus darf die ebenso wichtige Bekämpfung des Faschismus nicht vergessen werden. Es muß sich bitter rächen, wenn die «Befriedungspolitik» gegen Franco weiter fortgesetzt wird. Die geschichtliche Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte lehrt uns, daß Faschismus und Kommunismus sich gegenseitig bedingen, daß ihre Saat nur gedeihen kann, wenn die Demokratien schwach und uneinig sind. Die westlichen Demokratien können nichts gewinnen, aber alles verlieren, wenn sie durch Unterstützung einer faschistischen Diktatur ihre moralische Position untergraben. Verrat an dem Ideal der Freiheit hat sich — auch um augenblicklicher strategischer Vorteile willen — auf die Dauer noch niemals gelohnt. L. R.